

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Gradnauer über die Orgel-Gefahr.

Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtmeldung der L. V.) Der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer sprach sich zu einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes über die obersteinstehende Frage aus. Natürlich hielt er sich im wesentlichen im Rahmen der bekannten Ausführungen des Reichsanwalters. Er erwähnte aber auch die Gefahr von einer gegen die deutsche Regierung und Verfassung bestehende Putschgefahr seitens der Selbstschußformationen. Seines Erachtens müsse diese Frage sehr aufmerksam verfolgt werden. Er glaubt aber, daß alle führenden Männer, die im Selbstschuß gearbeitet haben, keinen Einfluß zu einer Besorgnis geben. Vielmehr dürften es einige Unterführer sein, die mit ihren Leuten im Lande umherziehen und dort Gefahrenelemente bilden. Jedenfalls sei die Reichsregierung gegen etwaige derartige Pläne vollausgerüstet. Zu übrigen erwähnte Gradnauer die gefahrgewährlichen Absichten des Reichsministeriums des Innern auf den verschiedenen Gebieten seines Ressorts.

Wir möchten wünschen, daß Gradnauers Versicherung, die Regierung sei „vollausgerüstet“, besser begründet ist, als jene, die Roste kurz vor dem Kapp-Putsch abgab. Wir sind nicht sehr überzeugt, daß die verheerete Reichswehr ein sicheres Werkzeug gegen einen Orgel-Putsch ist. Jedenfalls darf die Arbeiterschaft sich nur auf die eigene Kraft zur Abwehr eines Rechtsputsches verlassen.

Dem ungarischen Galgen entronnen! Die Korihybande muß die Volkskommisäre herausgeben.

Budapest, 16. Juli, meldet die Mosk.-Wien: Die Unterhandlungen, die in Reval zwischen Witkowski und dem Vertreter der ungarischen Regierung, Dr. Jurgersch, geführt worden sind, sind nun in Reval abgeschlossen worden. Das von Jurgersch und Jurgersch unterzeichnete Übereinkommen sieht die beiderseitige Auswechslung der Zivil- und Kriegsgefangenen vor. Die ungarische Regierung verpflichtet sich, 400 ungarischen Kommunisten, welche wegen Teilnahme an der Revolution verurteilt wurden, darunter den zehn Volkskommisären, Amnestie zu gewähren und ihnen zu erlauben, nach Rußland zu reisen.

Englisch-französische Spannung.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Pariser Ausgaben der großen amerikanischen Blätter stellen die Situation zwischen England und Frankreich als sehr gespannt dar. Das Auswärtigen Amt in Berlin wird von einigen englischen Diplomaten als die Einleitung einer unabhängigen französischen Aktion in Oberitalien betrachtet, eine Entwicklung, die England nicht als eine vollkommene Tatsache hinnehmen wolle. Einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht nach einer Pariser Meldung des Berliner Tageblattes der Temps. Er bedauert, daß Dr. Wirth durch seine Rede die Regierung in eine Lage veretzt habe, bei der jede Teilung Oberitaliens den Sturz der Regierung herbeiführe. „Der Kanzler“, sagt das Blatt, „hat nicht ausgehört, ganz Oberitalien für Deutschland zu beanspruchen. Ist er dem schlichten Ratsschlag gefolgt? Wollte er einfach das Ganze verlangen, um so viel als möglich herauszuschlagen? Wir wissen es nicht, aber wir kennen den Erfolg. Es werden die Rechtsparteien, die einen patriotischen Vorwand suchen, um die unangenehme Steuerreform zu beschleunigen, ein großes Geschrei erheben, das Deutschland von der Regierung verraten sei, wenn der Industriebezirk geteilt wird.“

Das englische Unterhaus gegen die Einmischung in die Leipziger Prozesse.

London, 21. Juli. Reuter. Das Unterhaus lehnte mit 79 gegen 26 Stimmen einen Antrag von Tomlinson ab, der die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Weigerung der Regierung lenkt, sich dafür einzusetzen, daß unmittelbare Schritte unternommen werden, um das Verfahren gegen die übrigen angeklagten Kriegsverbrecher höherzustellen.

Der beraubte U-Boot-Feld.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die dänische Polizei den ehemaligen U-Boot-Kommandanten, Kapitän Bahig, der sich seiner Verantwortung vor dem Leipziger Reichsgericht durch Flucht entzog, in Odense verhaftete. Den Anlaß zu seiner Verhaftung gab die Tatsache, daß Bahig in brauschem Zustand mehrere Damen auf der Straße belästigte.

Die deutsche Regierung wird nun die Auslieferung des Verbrechens fordern müssen. Es wird darauf ankommen, ob Dänemark die Tat des Kommandanten als eine politische ansieht oder nicht. Im letzteren Falle dürfte die Auslieferung erfolgen.

Ein Aufruf für das hungernde Rußland.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie der Berliner russischen Zeitung aus Paris gemeldet wird, veröffentlicht der Pariser Ausschuss der russischen Anti-Revolutionäre

einen Aufruf, der zur Hilfeleistung für das hungernde Rußland auffordert unter Zurückstellung aller politischen Erwägungen.

Diese russischen Reaktionen sind menschlicher — oder klüger — als unsere Nationalisten, deren Gesülste das Blatt für die Dioten der Reichshauptstadt, der Lokalanzeiger, jüngst zu dem Aufruf Gorlis schrieb, daß Deutschland nichts geben könne, aber auch, wenn es geben könnte, nichts geben dürfe, damit die Wirkungen der Sowjetwirtschaft den Russen voll zum Bewußtsein kämen. Für diesen edlen Zweck will das „nationale“ Blatt also gemütsrühlig einige Hunderttausend oder Millionen russischer Männer, Frauen und Kinder verhungern lassen. Das ist offenbar das „deutsche Wesen“, an dem „die Welt genesen“ soll! Wertierliche Subjekte, die so etwas schreiben und wollen können. Aber diese Leute würden das selbe Los ebenso gemütsruhig auch den deutschen Revolutionären wünschen.

Erweiterung des ausländischen Reichsbankkredits.

Berlin, 21. Juli. Bei Bekanntgabe des Kredites von 150 Millionen Goldmark wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit internationalen Finanzkreisen zwecks Beschaffung weiterer Kredite fortgesetzt werden. Wir erfahren heute von der Reichsbank, daß es durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Amsterdam gelungen ist, inzwischen einen neuen Kredit von 50 Millionen Goldmark für die Reichsbank zu beschaffen. Verhandlungen wegen weiterer Kredite schweben.

Von der bayerischen Justiz.

München, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor dem Volksgericht München hatten sich zwei Mitglieder der kommunistischen Jugend zu verantworten wegen eines „hochverräterischen Komplotts“, der 17-jährige Gustav Schiff und Lorenz Popp. Die Beiden waren in der Bezirksleitung der kommunistischen Jugendorganisation in München tätig, hatten Flugblätter geschrieben und verbreitet und sonst die übrige organisatorische Arbeit in der kommunistischen Jugend besorgt. Da die kommunistische Jugend in München verboten ist, wie überhaupt jede Tätigkeit der kommunistischen Organisationen unmöglich geworden ist, kamen sie wegen dieses „Verbrechens“ vor das Volksgericht. Das Urteil lautete gegen Schiff auf drei Jahre Festungshaft, gegen den Mitangeklagten Popp auf eine Festungstrafe von 1 Jahr 9 Monaten. Bei beiden Angeklagten kommt die Untersuchungshaft in Anrechnung.

Auf Popp also werden die jungen Leute ins Gefängnis gesteckt — Festungshaft ist in Bayern bekanntlich — für Revolutionäre — von Zuchthausstrafe kaum zu unterscheiden. Der Mörder Eisners, der Graf Arco, hat es freilich besser. Er hat ja auch einen Revolutionär gemordet und nicht unbedeutende Flugblätter geschrieben oder verbreitet!

Die Freiheit zum Programm-Entwurf der Rechtssozialisten.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit nimmt ausführlich zu dem Programm-Entwurf der Rechtssozialisten Stellung und kommt zu dem Ergebnis, daß er ein theoretisches Versagen im ganzen und im einzelnen bedeutet. Dieses Versagen sei das Symptom der geistigen Verfallung, in der sich heute die Führer der Partei befinden. Die rechtssozialistische Partei ist heute abgetrennt von den vorwärtsdrängenden, an den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus festhaltenden Teilen der Arbeiterklasse. Das macht die Partei zu der reinen Reformpartei, deren Ausdruck dieser Programm-Entwurf ist, der an dem sozialistischen Endziel festhalten möchte, ohne doch das Mittel seiner Verwirklichung, den Weg des Klassenkampfes zu wollen. Und so zeigt er die rechtssozialistische Partei als den Ausdruck der reformistischen Beugtheit, deren Befestigung gerade die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet und zeigt die Partei als die einer unvollständigen und ungenügenden Vertretung der Arbeiterklasse.

Stocken der englisch-irischen Verhandlungen

London, 21. Juli. Die heutigen Besprechungen des Premierministers mit de Valera dauerten nahezu eine Stunde. Wie verlautet, umfassen sie folgende Punkte: 1. Home-rule für Südirland nach dem Vorbild der britischen Dominions, 2. Sicherheiten für Ulster, 3. wichtige Angelegenheiten auf finanziellem Gebiet, 4. Abmachungen, um die Beziehungen der nord- und süd-irischen Republik zu regeln.

London, 21. Juli. Reuter. Amisch wird bekanntgegeben, daß Lloyd George und de Valera ihre Besprechungen heute fortgesetzt haben. Eine Grundlage für eine formelle Konferenz ist bisher nicht gefunden worden. De Valera kehrt morgen nach Irland zurück und wird Lloyd George nach einer Unterbrechung mit seinen Parteigenossen weiteres mitteilen.

Ein Bekenntnis zum Reformismus.

Von unmittelbar aktuellem Interesse ist die Stellung des rechtssozialistischen Programm-Entwurfes zu den Finanzfragen. Wenn jemals, so ist heute die Finanzpolitik ein integrierender Teil des Klassenkampfes und wenn irgendwo, so tritt in diesem Kampfe, wo es direkt um den Geldbeutel geht, der Machtkampf der Klassen unverhüllt und unverfälscht in die Erscheinung, lassen die bürgerlichen Parteien die Maske ihrer Volksfreundlichkeit fallen und entlarven sich als die Vertreter der nackten bürgerlichen Machtinteressen. Und wie stellt sich die rechtssozialistische Partei, die Partei des arbeitenden Volkes, wie sie sich an der Spitze ihres neuen Parteiprogrammes schamhaft nennt, weil ihr das Wort Arbeiterklasse oder Proletariat offenbar zu revolutionär ist, zu den Finanzfragen? Die Kermesse hat ein sehr schlechtes Gewissen. Sie versucht ihren Verrat an den sozialistischen Forderungen und an den Interessen des Proletariats dadurch zu hemänteln, daß sie vorgibt, infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages bleibe „nur ein schmaler Weg frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.“

Es ist nichts weniger als das Geständnis eines völligen geistigen und politischen Bankrotts, das in diesen Worten liegt. Während es für den auf dem Boden marxistischer Erkenntnis stehenden Sozialisten eine Binsenwahrheit ist, daß die Finanzprobleme, die durch die Annahme des Ultimatus aufgetaucht sind, auf kapitalistischem Wege nur eine Lösung finden können, die für die Arbeiterschaft verschärfte Ausbeutung und weitere Senkung ihrer Lebenshaltung mit sich bringt, daß daher gerade jetzt der verschärfte Kampf um die sozialistische Lösung des Finanz- und Produktionsproblems eingeleitet werden muß, erklärt die rechtssozialistische Partei sich programmatisch bankrott und bringt ihre alte Argumentation, mit der sie schon einmal der Revolution ein frühes Grab geschaufelt hat, wieder zu Ehren. Schulden kann man nicht sozialisieren, riefen damals die Rechtssozialisten. Die Abtragung der Reparationschulden kann nicht auf sozialistischen Wege vor sich gehen, rufen sie heute. Und daher wird auch lang- und klinglos die alte sozialistische, von der rechtssozialistischen Praxis längst schon verratene Forderung nach Beseitigung der indirekten Steuern zu Grabe getragen und als kümmerlicher, nichtsagender Ersatz dafür in das neue Finanzprogramm „Schonung der Arbeitskraft“ aufgenommen. Wir wären begierig, zu erfahren, ob der zehnprozentige Lohnabzug damit gemeint ist oder die neuen Kohlen-, Zucker-, Brauntwein- und anderen indirekten Steuern.

Am wenigsten Ueberraschungen bringt das rechtssozialistische Programm in seiner Stellung zu den Verfassungs- und Verwaltungsfragen. Nach der bisherigen Stellung der Rechtssozialisten, ihrem starren, verbissenen und dogmatischen Festhalten an der formal-parlamentarischen bürgerlichen Demokratie konnte man nichts anderes erwarten, als daß das neue Parteiprogramm das dogmatische Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie und die „Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit“ wiederholen wird. Es ist den Rechtssozialisten eben längst die Erkenntnis der materialistischen Geschichtsauffassung verloren gegangen, daß Verfassungen nur die in Paragraphen gegossenen Formen der wirtschaftlichen Machtkämpfe sind, daß es daher unmärzistisch wäre, sich dogmatisch auf eine zufällige historische Form festzulegen, da die wechselnden Konstellationen des Klassenkampfes auch wechselnde Verfassungsformen gebären müssen.

Aber auch abgesehen von dieser dogmatischen Grundeinstellung bewegen sich die Forderungen auf dem Gebiete des Verfassungs- und Verwaltungswezens durchaus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Es sind Forderungen, wie sie in einem bürgerlichen Verfassungsstaat — also nicht in Deutschland, das die Eierschalen des Feudalstaates noch lange nicht abgestreift hat, sondern in England — im großen und ganzen im sogenannten Selbstgovernment schon lange verwirklicht sind: Parlamentarismus mit Selbstverwaltung der kleineren territorialen Einheiten.

Aber so liebevoll diese demokratischen Forderungen bis ins einzelne ausgemalt sind, auf die wichtigste sozialistische Forderung auf diesem Gebiete: Beseitigung der Stützen des kapitalistischen Staates, der Bürokratie und des Militarismus, wird nicht mit einem Wort eingegangen. Daß die Bürokratie in ihren Funktionen und in ihren Gliedern um und um gemodelt werden muß, wenn sie sich aus einem Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie in ein Herrschaftsinstrument des Proletariats, des Trägers der sozialistischen Gesellschaftsordnung verwandeln soll, wird mit keinem Worte angedeutet. Und was das Auffallendste an diesem Programm ist: in diesem so detaillierten Programm, in dem sogar die ärztliche Totenschau als sozialistische Forderung (!) nicht vergessen ist, wird das Militärowesen nicht einmal in einem Worte geistert. Offenbar ist die vom Rechtssozialisten Roske geschaffene Wehrmacht so ideal und so durch und durch von sozialistischem Geiste erfüllt, daß sich besondere sozialistische Forderungen auf diesem Gebiete erübrigen!

Es ist nach den bisher gegebenen Proben wohl überflüssig, alle Punkte des rechtssozialistischen Parteiprogramms im einzelnen durchzugehen. Man wird überall auf dieselbe Halb-